



Wahlunterstützung erhält, wer auf Linie politisiert

Wirtschaftspolitik nach Corona Die Handelskammer beider Basel (HKBB) stellt politische Forderungen an die Adresse der Kandidierenden für den Basler Regierungsrat.

Thomas Dähler

Im Basler Wahlkampf erhält von der Handelskammer beider Basel (HKBB) Unterstützung, wer deren wirtschaftspolitischen Anliegen unterstützt. Dies haben Präsidentin Elisabeth Schneider-Schneiter und Direktor Martin Dättwyler am Mittwoch an der Jahresmedienkonferenz in Basel klargestellt. Es sei alles vorzuziehen, was die Stabilität der Wirtschaft nach den Schäden der Corona-Krise wieder herstellt.

Wer geglaubt hat, die mächtigste Wirtschaftsorganisation der Region unterstütze bei den Regierungsratswahlen in Basel-Stadt selbstredend das bürgerliche Ticket, sah sich am Mittwoch eines Besseren belehrt. «Wir werden die Kandidatinnen und Kandidaten auf den Prüfstand stellen», sagte Direktor Dättwyler. Unterstützung würden dann diejenigen erhalten, die sich zu den Zielen der Handelskammer bekennen. Nach der Corona-Krise erhielten die wirtschaftlichen Ziele besonderen Stellenwert.

Stabilität der Wirtschaft

Sowohl Dättwyler als auch Präsidentin Schneider-Schneiter betonten, dass die HKBB nicht Parteien, sondern Persönlichkeiten unterstützen würde. Man habe man hohes Vertrauen in die Regierungen beider Basel. Auf dem Weg zu einer neuen wirtschaftlichen Stabilität nach den erlittenen Schäden in der Corona-Krise komme der personellen Zusammensetzung der künftigen Basler Regierung hohe Bedeutung zu.

Unter dem Motto «Stabilität der Wirtschaft – was morgen zählt»

stellten Dättwyler und Schneider Forderungen vor, die als Wink mit dem Zaunpfahl an die Adresse möglicher Regierungsratskandidierender verstanden werden können. Besonders wichtig sind für die HKBB, dass die in den bilateralen Verträgen mit der EU festgeschriebene Personenfreizügigkeit weitergeführt wird, dass im Finanzumfeld keine zusätzlichen Belastungen für die Unternehmen entstehen und dass der Euro-Airport und die Rheinhäfen Unterstützung erhalten.

Absage an die SVP-Initiative

Damit dürfte auch schon feststehen, dass die Kandidierenden der SP und der Grünen sich die Unterstützung anderswo holen müssen. Eine Herausforderung dürften die Forderungen auch für Kandidierende aus den Reihen der Grünliberalen und der SVP darstellen. Besonders heikel wird es für die SVP, die kurz vor den kantonalen Wahlen mit der Begrenzungsinitiative die Personenfreizügigkeit infrage stellt.

Neu sind die Forderungen nicht. Die HKBB befürchtet jedoch nach dem Corona-Lockdown die Folgen einer allfälligen Kostenentwicklung nach oben. Am Mittwoch wurden die alten und neuen Forderungen deshalb mit besonderer Vehemenz vertreten. Einer Deutlichkeit, die für kompromisswillige Politikerinnen und Politiker eine Herausforderung

«Forderungen nach einer Kerosinsteuer sind jetzt völlig fehl am Platz.»

Martin Dättwyler,

Direktor der HKBB

darstellen: Im Bereich der Aussenwirtschaft engagiert sich die HKBB für internationale Abkommen und – so Schneider-Schneiter – für einen raschen Entscheid zu einem Rahmenabkommen mit der EU. «Der exportorientierte Life-Sciences-Standort ist auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen», sagte Schneider-Schneiter. Deutlich ist auch die Forderung der HKBB nach einer Abschaffung der Industriezölle.

Im Bereich der Finanzen will die HKBB keine zusätzlichen Belastungen, keine höheren Unternehmenssteuern und kein Aufweichen der Schuldenbremse. Der Schweizer Franken sei zu stärken. «Wir dürfen die Errungenschaften, die der Schweiz Wohlstand gebracht haben, nicht über Bord werfen», sagte Dättwyler – und fügte das Beispiel Euro-Airport an: «Forderungen nach einer Kerosinsteuer sind jetzt völlig fehl am Platz.» Die Botschaft dürfte auch an die Adressen der eigenen Parteien von Schneider-Schneiter (CVP) und Dättwyler (FDP) gerichtet sein.

Abschwung tief halten

Besonders wichtig sind ihnen die Schlüssel-Infrastrukturen. Der Euro-Airport garantiert die Anbindung an die internationale Luftfahrt und sieht sich mit Forderungen nach einer Betriebseinschränkung konfrontiert. Die HKBB fordert auch «die Stärkung der Schweizerischen Rheinhäfen». Dies kommt einem Bekenntnis zu Gateway Basel Nord inklusive Hafenbecken 3 gleich.



Alle Forderungen dienen dem Ziel, den Wirtschaftsabschwung nach der Krise möglichst tief zu halten. Die Umsatzeinbussen der Unternehmen würden sich teils verzögert bemerkbar machen, insbesondere bei der Exportwirtschaft, meinte Präsidentin Schneider-Schneiter. Dättwyler fügte an, nur mit Massnahmen im Sinne des Forderungskatalogs könne eine Kostenentwicklung nach oben gering gehalten werden.



Elisabeth Schneider-Schneiter tritt für die Personenfreizügigkeit ein: «Der exportorientierte Life-Sciences-Standort ist auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen.» Foto: Pino Covino